

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

WESTEUROPA

(1) China und Frankreich: Mitterrands Wahl ist "ein großes Ereignis für Frankreich"

Vom 9. bis 16. Februar hatte der Parteichef der Sozialistischen Partei Frankreichs, François Mitterrand, die VR China besucht und dabei auch offizielle Beziehungen seiner Partei mit der KPCh aufgenommen (Näheres C.a., Februar 1981, 0 3). Kein Wunder, daß die chinesische Regierung über den Wahlsieg dieses als "Freund" bezeichneten Sozialisten hocheifrig war (XNA, 12.5.81). Mit Genugtuung nahm man vor allem die Höhe des Sieges (52%) zur Kenntnis (XNA, 12.5.81). Am 11. Mai sandte Ye Jianying ein Glückwunschsreiben an den Wahlsieger.

Auch sonst gedeihen die chinesisch-französischen Beziehungen gut. Es kommt zu Städte-Partnerschaften (z.B. zwischen der südfranzösischen Universitätsstadt Montpellier und der Hauptstadt von Sichuan, Chengdu); Frankreich veranstaltet ferner z.Zt. (Mai 1981) eine Ausstellung "Naturgeschichte der Sexualität", die vom französischen Nationalmuseum für Naturgeschichte ausgerichtet wurde (XNA, 12.5.81). Ferner schenkte die französische Regierung der VR China "vierzig Tonnen Patente", d.h. die komplette Sammlung aller französischen Patente aus den Jahren 1902-1968, die in insgesamt 16.000 Bänden niedergelegt sind und vom französischen Nationalinstitut für industrielles Eigentum ausgeliefert wurden (XNA, 21.5.81). Mit Genugtuung notiert die chinesische Presse auch gemeinsame Luftverteidigungsmanöver von sieben westeuropäischen Ländern in Ostfrankreich und in der Bretagne, die dem Zweck des Abfangens, der Verteidigung und der Logistik dienen (XNA, 19.3.81).

-we-

(2) Großbritannien, Hongkong und Nordirland

Der britische Außenminister Lord Carrington hatte vom 1. bis 5. April China besucht und dabei mit führenden Mitgliedern der Regierung, u.a. mit Deng Xiaoping, bilaterale und weltpolitische Fragen erörtert. Afghanistan und Kambodscha haben in den Gesprächen einen breiten Raum eingenommen. Die fremden Truppen müßten sich aus diesen Gebieten zurückziehen. Gegenüber der Sowjetunion müsse eine Politik des Containment betrieben werden. China betrachte, wie Carrington bei einer Pressekonferenz ausführte, Großbritannien als "Haupthandelspartner in Europa" (eine Behauptung, die allerdings durch die Zahlen nicht belegt werden kann). Über Hongkong habe man zwar kein formelles Abkommen treffen können, doch sei man sich darüber einig gewesen, daß die Kronkolonie auch in Zukunft nicht bedroht sein werde; Investoren und Bevölkerung der Kronkolonie könnten unbesorgt sein. Er, Carrington, habe die Zusage erhalten, daß ihre Interessen auch nach dem Auslaufen des 99jährigen Pachtvertrags mit China 1997 nicht beeinträchtigt würden (XNA, 4.4.81). Auch die chinesisch-britischen Außenwirtschaftsbeziehungen gingen trotz der

momentan durchgeführten "Wirtschaftsregulierung" weiter (XNA, 3.4.81).

Im militärischen Bereich wollen beide Staaten ebenfalls zusammenarbeiten. Der britische Unterstaatssekretär Geoffrey Pattie versicherte am 25. April in Beijing, daß Großbritannien bereit sei, mit China bei der Modernisierung der VBA zusammenzuarbeiten. Nähere Einzelheiten wurden allerdings nicht bekanntgegeben. Doch dürfte die Luftwaffe hierbei eine wichtige Rolle spielen. U.a. führten die Luftwaffenchefs beider Länder ausführliche Gespräche (XNA, 27.4.81). Die Lieferung des Harrier-Senkrechtstarters steht möglicherweise immer noch zur Diskussion.

Trotz des guten Einverständnisses, das sich im übrigen auch in einer Ausstellung mit dem Thema "The Age of Shakespeare" (XNA, 31.3.81) äußert, kommt es auch zu kritischen chinesischen Bemerkungen über Großbritannien, so u.a. über die ungelösten "Rassenwidersprüche" (XNA, 27.4.81) sowie über die britische Nordirland-Politik. Die Nordirland-Frage sei letztlich eine Kolonialfrage. Großbritannien sei angesichts des Widerstands des irischen Volkes 1921 gezwungen gewesen, den 26 Provinzen Südirlands den Status eines Dominiums, d.h. eines irischen Freistaates, zu gewähren und habe 16 Jahre später sogar die Unabhängigkeit Südirlands zugestehen müssen. Doch behielt es die sechs Provinzen Nordirlands unter britischer Verwaltung, da dort protestantische Nachkommen der früher eingewanderten Engländer nicht weniger als zwei Drittel der Bevölkerung ausmachten. Aus diesem Grunde auch habe der Volksentscheid i.J. 1973 die Irland-Frage nicht lösen können. Kein Wunder, daß die meisten der 500.000 Katholiken in Nordirland nach wie vor entschlossen die Loslösung von Großbritannien und die Vereinigung mit der Republik Irland anstrebten. Zu diesem Zweck auch entfalte die IRA Guerilla-Aktivitäten und greife britische Militärs in Nordirland an. Die IRA sei zu einer illegalen Organisation und ihre Mitglieder zu "Kriminellen" verurteilt worden, denen unter keinen Umständen der Status von politischen Gefangenen eingeräumt werde (XNA, 23.4.81 und BRU 1981, Nr.22, S.13 f.). Es sei notwendig, einen "neuen Weg zur friedlichen Lösung der Nordirland-Frage zu finden". Welchen Weg - das wird nicht näher angegeben!

-we-

(3) Strafe für Holland, Umarmung für Belgien

Am 5. Mai fand die chinesisch-niederländische Affäre um die von Beijing scharf kritisierte Exportgenehmigung für die Lieferung zweier holländischer Unterseeboote an Taiwan ihren formellen Höhepunkt. Das Außenministerium berief den vorläufigen Geschäftsträger der niederländischen Botschaft zu sich und überreichte ihm eine Note, in der es hieß, daß vom 5. Mai 1981 an die chinesische Botschaft in den Niederlanden auf das Amt eines Geschäftsträgers herabgestuft sei und daß die

chinesische Regierung wünsche, daß die holländische Regierung ihrerseits gleiche Maßnahmen ergreife.

Seit dem 7. April hatten die Vertreter beider Länder in Beijing Verhandlungen über die Herabstufung der diplomatischen Beziehungen geführt und sich in dieser Frage schließlich geeinigt. Am 15. April überreichte die niederländische Regierung der chinesischen Seite eine Note, in der die holländische Regierung die Herabstufung akzeptiert.

Gleichwohl forderte die niederländische Seite in den Nachfolgeverhandlungen, daß ihre Vertretung in China nach wie vor als diplomatische Mission behandelt werde. Außerdem verlangte sie in einer Note vom 30. April, daß die Bezeichnung "Botschaft in China" erhalten bleibe. Die chinesische Regierung widersprach diesem Wunsch: Nach der Herabstufung der diplomatischen Beziehungen auf Geschäftsträgerebene könnten auch die diplomatischen Vertretungen beider Seiten nicht mehr als Botschaften, sondern nur noch als Büros von Geschäftsträgern betrachtet werden (XNA, 5.5.81). Die niederländische Botschaft heißt also nunmehr "Büro des Geschäftsträgers". Der niederländische Botschafter Jan Kneppelhouw hatte bereits am 5. März die Volksrepublik verlassen.

Den Haag hat eine Lektion in Formalismus erteilt bekommen. Der ganze Vorgang ist eine Manifestation von Ritualismen, die an altchinesische Traditionen erinnert.

Man darf davon ausgehen, daß die harte Reaktion Beijings in der U-Boot-Angelegenheit nicht nur eine Lektion an die Adresse Den Haags, sondern zugleich auch eine Warnung an die Reagan-Administration ist, die bekundet hat, auch weiterhin Waffen an Taiwan zu liefern. Dies wird in einem Kommentar der Beijing Rundschau (1981, Nr. 19, S. 3) deutlich: China wünsche, daß Länder, mit denen es diplomatische Beziehungen unterhält, keine zwischenstaatlichen Beziehungen mit Taiwan herstellen und "dieser chinesischen Provinz" vor allem auch keine Waffen verkaufen. Manche Leute meinten zwar, da Taiwan früher oder später doch zum chinesischen Vaterland zurückkehre, würde ein heutiger Waffenkauf Taiwans letzten Endes China zugute kommen. Doch sei eine solche Ansicht ziemlich naiv, da bekannt sei, daß die "Behörden von Taiwan an der Spaltung des Vaterlandes festhalten, Friedensgespräche ablehnen und Verkehrs-, Handels- und Postverbindungen mit dem Festland sabotieren". Obwohl der Waffenverkauf durch Ausländer an Taiwan für China keine wirkliche militärische Bedrohung darstelle, werde dies der Wiedervereinigung durch Verhandlungen und mit friedlichen Mitteln Hindernisse entgegenstellen. Aus diesem Grund bekämpfe China den Waffenverkauf an die Provinz Taiwan.

Die chinesische Ungnade fiel in der Zwischenzeit auch auf einen niederländischen Korrespondenten, der für das NCR-Handelsblatt akkreditiert war. Zum ersten Mal seit vier Jahren ist damit ein ausländischer Korrespondent zum Verlassen des Landes aufgefordert worden. Van Kemenade ist mit einer Taiwanerin verheiratet und hatte angeblich in Beijing Kontakte mit chinesischen Systemkritikern.

Je mehr sich das holländisch-chinesische Verhältnis verdüstert, umso mehr Licht fällt auf die chinesisch-belgischen Beziehungen. Dies ist gewiß kein Zufall. Vom 25. Mai bis 5. Juni besuchte zum ersten Mal seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Brüssel und Beijing das belgische Königspaar die Volksrepublik. Schon 1961 sei die damalige Königin Elisabeth im Alter von 85 Jahren nach China gekommen, was zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses beigetragen habe (XNA, 27., 28. und 30.5.81). Konkrete Vereinbarungen wurden bei dem Besuch nicht getroffen. Der Austausch von Freundlichkeiten auf höchster Ebene (u.a. Gesprä-

che mit Deng Xiaoping) stand im Vordergrund.
-we-

(4) China und der Vatikan

Den Anschlag auf Papst Johannes Paul II. erwähnte Xinhua (XNA, 14.5.81) mit dünnen Worten. Von einem Beileidstelegramm sah die chinesische Regierung ab - offensichtlich deshalb, weil mit dem Vatikan keine offiziellen Beziehungen bestehen. Der Vatikan ist die einzige Bastion in Europa, zu der Taiwan noch diplomatische Beziehungen unterhält, allerdings seit 1977 nicht mehr durch einen Nuntius, sondern durch einen Geschäftsträger ad interim. Nicht nur durch diese Herabstufung, sondern auch durch handfeste Annäherungsbekundungen gegenüber Beijing hatte der Vatikan seinen Wunsch zum Ausdruck gebracht, mit der VR China zur Aufnahme regulärer Kontakte zu kommen. Dies wurde besonders deutlich im Februar 1981, als Johannes Paul II. während seines Aufenthaltes in Manila vor den chinesischen Auslandsgemeinden sein Interesse für Gespräche mit Beijing bekundete. Der Papst ließ dabei durchblicken, daß sich das Problem der "patriotischen Katholiken" in China lösen lasse. Vor einem Jahrzehnt bereits hatte Paul VI. auf einer Fernostreise von Hongkong aus ebenfalls schon einen Aufruf an Beijing gerichtet. 1980 hielten sich der Wiener Erzbischof König, Präsident des Sekretariats für die Nichtgläubenden, und der Erzbischof von Marseille, Etchegaray, in China auf. König hatte während seiner Visite erklärt, daß der Vatikan die "katholischen Patrioten" Chinas nicht als schismatische Kirche betrachte. Bischof Dominic Tang, der zwanzig Jahre in chinesischen Gefängnissen verbracht hatte und 1980 nach Hongkong entlassen worden war, plädiert dafür, daß die "Patriotische Vereinigung", die 1958 im Verlauf der "Drei-Unabhängigkeits-Kampagne" entstanden war, keine Kirche, sondern nur eine "Vereinigung" von vier Millionen Katholiken sei. Die Weihe von rund dreißig Bischöfen ohne Genehmigung Roms sei nicht ungültig, wohl aber unerlaubt; es müßten deshalb Gespräche mit dem Ziel der "Legitimierung" aufgenommen werden (NZZ, 8.3.81).

Erzbischof Agostino Casaroli, der "Kardinal-Staatssekretär" (also praktisch: Regierungschef) des Vatikans, gab Anfang März 1981 im Vatikan-Sender bekannt, daß der Heilige Stuhl lebhaft einen Dialog mit China über die Präsenz der katholischen Kirche in diesem Lande wünscht. Es sei jetzt aber an China, den ersten Schritt zu tun, nachdem der Papst in Manila seine Botschaft an Beijing habe ergehen lassen (dpa in Ostinfo, 6.3.81).

-we-

(5) Schwedischer Besuch in China

Vom 7. bis 14. April hatte der schwedische Ministerpräsident Thorbjörn Fälldin China besucht. Es war dies der erste Besuch eines schwedischen Ministerpräsidenten seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern i.J. 1950. Schweden war damals überhaupt das erste westeuropäische Land gewesen, das mit Beijing offizielle Kontakte aufgenommen hatte. Im September 1981 soll das schwedische Königspaar eine Staatsvisite in China antreten. Zwischen Beijing und Stockholm bestehen beste Beziehungen, zumal Geng Biao, der in den fünfziger Jahren Botschafter in Schweden gewesen war, nunmehr zur obersten Führungsgarnitur zählt und neuerdings das Amt des Verteidigungsministers wahrnimmt. Er hatte noch vor zwei Jahren Schweden einen Besuch abgestattet. Der damals ausgesprochenen Einladung war Fälldin mit seinem Beijing-Besuch gefolgt.

Beijings Interesse gilt einerseits einem starken und möglichst antihegemonistisch ausgerichteten Skandinavien und gleichzeitig skandinavischer Wirtschaftshilfe. Gleichzeitig kritisierte Deng Xiaoping die immer noch fortdauernde Wirtschaftshilfe Schwedens für Vietnam. Noch vor wenigen Wochen hatte Sozialministerin Karin Söder Vietnam besucht und dort eine mit schwedischer Hilfe aufgebaute Papierfabrik sowie ein Krankenhaus eröffnet. Im laufenden Rechnungsjahr soll Vietnam von Schweden 365 Mio.skr (168 Mio.DM) erhalten (Berichte in XNA, 4., 10., 12.4.81).

-we-

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(6) Noch einmal Polen

Die Berichterstattung Chinas über Polen geht weiter unter Titeln wie "Nahrungsmittelknappheit in Polen" (XNA, 11.4.81), "Das Prinzip der Nichteinmischung in Polen muß strikt eingehalten werden" (XNA, 7.4.81), "Wachsende Gefahr einer sowjetischen Intervention in Polen" (XNA, 6.4.81), "Chinesischer Ministerpräsident warnt vor der großen Gefahr einer bewaffneten sowjetischen Intervention in Polen" (XNA, 7.4.81), "US-Regierung warnt die Sowjetunion vor einer Intervention in Polen" (XNA, 7.4.81). Jegliche Einmischung werde zu einer ernsthaften Beeinträchtigung der Ost-West-Beziehungen führen. Prag dürfe sich nicht wiederholen; im übrigen rät Beijing den Polen angesichts der Interventionsgefahr zur Besonnenheit.

Ausgelöst vom Polen-Debakel geht auch die Gewerkschaftsdiskussion in China weiter. Schon im Januar hatten Arbeiter und Studenten in Wuhan von der Partei losgelöste, unabhängige Gewerkschaften gefordert. Dagegen heißt es in einem Artikel über die "gegenwärtigen Aufgaben der Gewerkschaften" (abgedruckt u.a. in BRU 1981, Nr.17, S.5), daß den chinesischen Gewerkschaften gegenwärtig fünf Aufgaben gestellt seien: Mitwirkung am Programm der Vier Modernisierungen, Verteidigung der Arbeiterinteressen gegenüber jeglichem Bürokratismus, Schulung im Kommunismus (z.Zt. unterstützen die Gewerkschaften im ganzen Land 3.669 Schulen für Belegschaften, in denen 1,13 Mio. Mitglieder eingeschrieben seien), enger Kontakt mit den Massen, Einheitsstiftung innerhalb der Belegschaften (d.h. zwischen Hand- und Kopfarbeitern, zwischen Produktions- und Tertiärsektor, zwischen Arbeitern und Bauern). Abschließend wird klargestellt: "Die chinesischen Gewerkschaften sind Massenorganisationen unter der Führung der KP Chinas auf der Basis freiwilligen Beitritts. Alle Belegschaftsmitglieder in Fabriken, Geschäftsläden, Schulanstalten, Krankenhäusern, Forschungsinstituten usw. können den Gewerkschaften beitreten."

Dies ist die klassische leninistische Interpretation, von der die chinesische Führung Polen zuliebe nicht abweichen will.

-we-

AFRIKA UND NAHOST

(7) Beziehungen zu Sierra Leone, Ruanda und Senegal; Befürwortung der Einheit Afrikas; Unterstützung der OAU

Siaka Stevens, Präsident der Republik Sierra Leone, stattete China einen sechstägigen Staatsbesuch (27.4.-2.5.) ab. Er

sprach sich gegen die "Expansionspolitik des sowjetischen Hegemonismus" in Afrika aus und unterzeichnete ein Kulturabkommen, wonach beide Seiten Stipendien gewähren, Bücher und andere Materialien austauschen und Literatur des anderen Landes übersetzen und herausgeben werden (XNA, 1. und 3.5.81).

Mitte Mai kam eine Delegation der Nationalrevolutionären Entwicklungsbewegung Ruandas nach China (XNA, 19. und 22.5.81).

Am 21.Mai wurde zwischen China und dem Senegal ein Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit unterzeichnet (XNA, 22.5.81).

All diese Aktivitäten sind Beweise, daß Beijing endgültig von seiner Politik der Linken Strategie in Afrika abgegangen ist und nun nur noch auf offizieller Ebene weiterzuwirken gedenkt, wobei der Kulturaustausch und chinesische Entwicklungshilfe als flankierende Maßnahmen eingesetzt werden. An die mauretanische Nationalbibliothek beispielsweise schenkte China am 5.Mai 1.000 Bände und Zeitschriften in arabischer und französischer Sprache historischen, geographischen und medizinischen Inhalts sowie Werke der marxistischen Klassiker (XNA in SWB, 16.5.81). Häufig werden auch chinesische Mediziner-Teams entsandt, so z.B. nach Djibouti (XNA, 31.3.81) sowie nach Kongo/Brazzaville (Radio Beijing in SWB, 31.3.81) und nach Togo (XNA in SWB, 23.4.81).

Der afrikanische Wunschtraum Beijings: Die afrikanische Einheit möge Gestalt annehmen.

Beijings Afrika-Politik gibt sich optimistisch: Noch vor den fünfziger Jahren habe es nur drei unabhängige Staaten in Afrika gegeben, heute seien es bereits fünfzig freie Staaten: Die Geschichte schreite unaufhaltsam vorwärts und werde eines Tages auch noch die letzten Bastionen der Fremdherrschaft in Namibia und in Südafrika zerstören (so Hu Yaobang gegenüber Mugabe am 15.5.81).

China feiert jede Gipfelkonferenz der OAU mit langen beifälligen Kommentaren, so z.B. die 16.OAU-Konferenz in Monrovia (1979) und die 17.Gipfelkonferenz in Freetown, Sierra Leone (1980). Die OAU wurde 1963 gegründet. Heute hat sie bereits fünfzig Mitgliedstaaten, die sich - nach chinesischer Auffassung - bemühen, stets das Gemeinsame zu suchen und die Differenzen zurückzustellen. Bei der Monrovia-Tagung stand der Bürgerkrieg im damaligen Rhodesien sowie der Einfall kubanischer Truppen gegen Zaire im Vordergrund der Beratungen. Bei der 17.Gipfelkonferenz ging es wiederum um Südafrika und um Wirtschaftsfragen. All diese Zusammenkünfte hätten die Einheit Afrikas weiter gefestigt. Afrika sei zwar, obwohl reich an Naturressourcen, nach wie vor der ärmste Kontinent und sein Bruttoproduktionswert mache nur 2,7% des Bruttoproduktionswertes der Welt aus; ferner betrage das afrikanische Durchschnittsnationaleinkommen jährlich nur etwa 300 US\$ pro Kopf. Zehn der unterentwickeltesten Länder der Welt befinden sich in Afrika. Oberdies seien in den letzten Jahren die Preise von Primärprodukten infolge der Wirtschaftskrise in der kapitalistischen Welt gesunken und hätten die Wirtschaft mehrerer afrikanischer Länder in Mitleidenschaft gezogen.

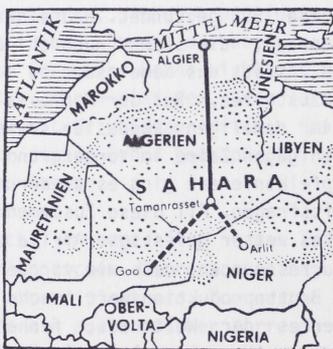
Doch setzten sich die Afrikaner gegen solche Entwicklungen energisch zur Wehr. Sie gründeten eine "Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft" und eine "Zoll- und Wirtschaftsunion der Zentralafrikanischen Staaten" (BRU 1979, Nr.31, S.17-19). Ferner verabschiedete die Konferenz 1979 eine "Monrovia-Strategie zu den Leitlinien und Maßnahmen für nationales und kollektives Selbstvertrauen in der sozialen und

wirtschaftlichen Entwicklung für die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung". In diesem Dokument wird darauf hingewiesen, daß die regionale Zusammenarbeit und das kollektive Selbstvertrauen der afrikanischen Länder den Weg für die Errichtung eines afrikanischen gemeinsamen Marktes und einer Afrikanischen Gemeinschaft bahnen werden. Damit wurde zum ersten Mal das Vorhaben einer politischen Gemeinschaft Afrikas auf die Tagesordnung gesetzt. Auf diese Entwicklung wies Zhao Ziyang beim Besuch Robert Mugabes erneut mit Beifall hin (XNA, 13.5.81).

China hält die gegenwärtigen Schwierigkeiten nur für vorübergehend und glaubt an die Tendenz zur Einheit. Schon 1978 hätten sich 16 Staaten zu einer Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten zusammengeschlossen und einen gegenseitigen Nichtangriffspakt unterzeichnet. Im Juli 1979 sei über den Aufbau einer afrikanischen Verteidigungstruppe beraten worden; im Tschad hätten 1979 elf Fraktionen aufgrund einer Vermittlungsaktion durch die OAU ein Aussöhnungsabkommen unterzeichnet; vor allem aber seien sich sämtliche Staaten in der Südafrika-Politik einig (XNA, 21. und 28.5.81).

Zwei weitere Einigungsperspektiven stehen in der chinesischen Propaganda neuerdings im Vordergrund:

Da sind zunächst die großen Straßenbauprojekte, die für eine künftige Verklammerung Afrikas sorgen sollen. Z.Zt. befindet sich eine 3.500 km lange moderne Landstraße im Bau, die die Sahara durchquert und von Algier, der Hauptstadt Algeriens, bis nach Gao in Mali und Arlit in Niger führt. Diese Sahara-Überlandstraße stellt eine Verbindung zwischen Nord- und Westafrika her und ersetzt Karawanenstraßen durch schnelle moderne Trassen. Dadurch entstehen neue Chancen für Bergbau, Landwirtschaft und Handel (Karte!). Es bestehen auch bereits Perspektivpläne bis zum Jahre 2000. Danach soll eine Landstraße von Lagos über Zentralafrika nach Mombasa gelegt werden, ferner eine Westafrika-Landstraße von Nouakchott bis Lagos, eine Ostafrika-Landstraße von Kairo bis Gabarone und eine Landstraße von Dakar durch das Sahel-Gebiet nach Ndjamena (BRU 1981, Nr.22, S.14). Wächst also Afrika wenigstens infrastrukturell langsam zusammen?



Ein weiteres Thema lautet "Erdöl in Schwarzafrika". Neuerdings habe es sich gezeigt, daß Gebiete südlich der Sahara, die bisher als öllarm betrachtet wurden, nun doch ergiebige Öllager enthalten, die meist nur 15-45 km vor der Küste liegen. Nigeria steht z.Zt. immer noch weitaus an erster Stelle, gefolgt von Gabun und Angola und neuerdings auch Zaire, Ghana, Elfenbeinküste und Benin. Es war die Ölkrise des Jahres 1973, die in diesen Ländern den Anstoß zu einer intensiven Ölsuche auslöste. Angesichts der immer höher steigenden Gewinne aus Erdöl hat nun auch Äquatorial-Guinea in Westafrika Territorialgewässer für die Ölsuche festgelegt. Senegal, Gambia, Guinea, Sierra Leone und Liberia haben ihre

Schürfarbeiten beschleunigt. Togo führt ebenfalls Bohrarbeiten im Küstenbereich durch, desgleichen Guinea-Bissau, Tanzania, die Seychellen und Madagaskar. Auch der Tschad und der Sudan sind bereits fündig geworden. Möglicherweise gibt es auch Öl in der Kalahari-Wüste in Botswana.

Im Hinblick auf Erdöl lassen sich die Länder Schwarzafrikas in drei Kategorien einteilen: In der ersten sind jene Staaten, die ganz oder teilweise von Importen abhängig sind, z.B. Kenia, Mozambique und Malawi. In der zweiten Kategorie finden sich Länder, die einen bestimmten Teil ihres Eigenbedarfs bereits selbst decken können, z.B. Elfenbeinküste, Ghana und Benin. Zur letzten Gruppe gehören die ölexportierenden Länder wie Kamerun, Kongo und vor allem Nigeria (BRU 1981, Nr.11, S.12 f.). Beijing hält den Wohlstand, der sich eines Tages aus dieser Ölförderung ergeben könnte, für ein weiteres positives Element im großen Prozeß der afrikanischen Einigung.

-we-

(8) Regierungschef von Zimbabwe in China

Robert Mugabe, Ministerpräsident der Republik Zimbabwe, stattete vom 12. bis 17. Mai der VR China einen fünftägigen offiziellen Besuch ab. Mugabe kam bereits zum vierten Mal nach China, diesmal allerdings zum ersten Mal in seiner Eigenschaft als Regierungschef. Es war während des Besuchs viel von Freundschaft und gegenseitiger Hilfe die Rede. Mit seiner Zimbabwe-Politik hatte China - ganz anders als in Angola oder in Mozambique - einen guten Griff getan, da es sich von Anfang an konsequent hinter die Zimbabwe African National Union (Zanu) unter Mugabe gestellt und diese Bewegung während des siebenjährigen Guerillakriegs gegen die Smith-Regierung unterstützt hatte. Während die Sowjetunion, die Joshua Nkomo und seine Zapu (Zimbabwe African People's Union) protegiert hatte, bisher noch keinen Fuß in die Tür Zimbabwes bekommen hat, konnten die Chinesen sogleich nach der Unabhängigkeitserklärung am 18. April 1980 eine Botschaft und eine Xinhua-Korrespondentenstelle in Salisbury einrichten. An Mißbelligkeiten gab es bisher eigentlich nur zwei Punkte, nämlich die Unterstützung der Polisario in der Westsahara durch Mugabe und die scharfe Haltung Zimbabwes gegenüber einem Fußfassen amerikanischer Truppen in Somalia und Kenia (vgl. u.a. C.a., Januar 1981, 0 6).

Ansonsten aber stimmen beide Regierungen in allen außenpolitischen Fragen überein, vor allem in der Forderung nach einem unabhängigen und vereinten Afrika, das eine größere Rolle in der Weltpolitik zu spielen habe, in der ablehnenden Haltung gegenüber dem "rassistischen Regime" in Südafrika, in einer Befürwortung der Blockfreien-Bewegung und in einer entschiedenen Haltung gegenüber dem sowjetischen Einfluß in Afrika. Besonders lobte Premierminister Zhao Ziyang folgende "Errungenschaften" Zimbabwes nach nur einem Jahr Regierung: Unabhängigkeit des Landes, Versöhnung der Rassen, Aufrechterhaltung der nationalen Einheit, Wiederherstellung der Wirtschaft, gute Nachbarschaftspolitik, Kampf gegen den Rassismus in Südafrika und Unterstützung des gerechten Kampfes der Völker in Namibia (Südwestafrika) und Südafrika (XNA, 13.5.81).

Mugabe bedankte sich beim "chinesischen Volk für seine politische, militärische und moralische Unterstützung des Kampfes des zimbabwischen Volkes um seine Unabhängigkeit" (XNA, 14.5.81).

Nicht nur Deng Xiaoping und Zhao Ziyang, sondern auch Parteisekretär Hu Yaobang traf mit Mugabe zusammen. Von offiziellen Parteibeziehungen der KPCh mit der Zanu war aller-

dings nicht die Rede.

Am 13. Mai sprach Mugabe vor Studenten der Beijing Universität über den Befreiungskampf Zimbabwes und über die heutige Innen- und Außenpolitik des Landes.

Am 14. Mai wurde ein Kultur- sowie ein Handelsabkommen unterzeichnet. Das Handelsabkommen sieht u.a. vor, daß sich beide Länder gegenseitig Meistbegünstigung einräumen. In dem Kulturvertrag vereinbarten beide Seiten die Zusammenarbeit im Erziehungswesen, in der Wissenschaft, in der Gesundheitsversorgung sowie auf dem Mediensektor (XNA, 15.5.81). In einer Pressekonferenz betonte Mugabe, daß sich seine Regierung vor allem für Entwicklungshilfe Chinas im Bereich des sekundären Sektors interessiere, und zwar vor allem bei der Errichtung von Kleinindustrie in den ländlichen Gebieten (XNA, 15.5.81). China habe versprochen, zusätzlich zu der 40-Mio. Dollar-Hilfe, die bereits 1980 versprochen worden war, noch weitere Leistungen zu erbringen.

-we-

(9) China und der Irak

Anfang Mai besuchte der Erste Vizeministerpräsident des Irak, Taha Yassin Ramadhan, die VR China. Die chinesische Seite bekräftigte dabei ihren schon mehrfach wiederholten Standpunkt über den irakisch-iranischen Krieg, indem sie die Hoffnung aussprach, daß die beiden Länder durch friedliche Konsultationen sobald wie möglich die Kampfhandlungen beenden. Außerdem wurde ein Handelsabkommen und ein Abkommen über die wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern unterzeichnet (XNA, 8.5.81).

Beijing hatte auch zu der Frage Stellung zu nehmen, ob China angereichertes Uran für die Herstellung von Atombomben an den Irak verkauft habe (angesprochen war hier ein Thema, das durch den israelischen Luftwaffenangriff kurze Zeit später aktuell werden sollte). Die Antwort: "Es ist Unsinn, wenn eine ausländische Nachrichtenagentur berichtet, ein chinesischer Beamter habe im Dezember des Vorjahres in Bagdad mit der irakischen Seite vereinbart, daß China Uran für die Herstellung von zwei Atombomben an den Irak verkaufe. Tatsächlich hat kein chinesischer Beamter den Irak im letzten Dezember besucht, ganz zu schweigen von einer solchen Vereinbarung" (BRu 1981, Nr. 8, S. 3).

Die chinesischen Gastgeber dürften ihrem Gesprächspartner klagemacht haben, daß sie eine Fortsetzung der iranisch-irakischen Auseinandersetzungen nicht nur für sinnlos, sondern international auch für höchst schädlich halten: Sinnlos deshalb, weil die Kampfhandlungen praktisch an einem toten Punkt angekommen sind. Die irakischen Truppen halten zwar iranisches Territorium von rund 20.000 qkm und acht Städten, einschließlich des größten Raffineriezentrums des Iran, Abadan, besetzt, doch dürfte es keiner Seite möglich sein, den Gegner vollständig zu besiegen.

International gefährlich ist der Krieg, weil er nicht nur die Begehrlichkeit der Sowjetunion weckt, die den Entwicklungen nur lachend zuzuschauen braucht, sondern weil überdies auch die Beziehungen anderer Staaten des Nahen Ostens in Mitleidenschaft gezogen werden. Syrien hält zum Iran, Jordanien und Marokko stehen zum Irak. Der Iran hat deshalb die diplomatischen Beziehungen zu Jordanien und Marokko abgebrochen. Saudiarabien, Kuwait und andere ölproduzierende Länder der Golfregion zeigen sich besorgt über die Möglichkeit einer Ausweitung des Krieges, die ihre eigene Sicherheit und Stabilität, nicht zuletzt aber auch ihre Ölausfuhr gefährden könnte.

China scheint den Irakern ihren Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion verziehen zu haben. Inzwischen ist Syrien, das mit einem gleichen Vertrag nachgezogen hat, zum Hauptfavoriten Moskaus geworden.

-we-

(10) China begeistert sich für die Türkei

Obwohl diplomatische Beziehungen zwischen Ankara und Beijing schon seit Juli 1971 bestehen, scheinen sich die beiderseitigen Beziehungen erst i. J. 1981 so richtig anzulassen. Drei Ereignisse mögen dabei mitgeholfen haben, nämlich der - von Beijing so beurteilte - Stabilisierungserfolg der Militärregierung, die Feiern zum Atatürk-Jahr und die türkischen Militärübungen.

- Schon am 20. März hatte Xinhua (XNA, 20.3.81) einen Kommentar über die "türkischen Errungenschaften in den letzten sechs Monaten" gebracht, in dem darauf hingewiesen wurde, daß seit dem Staatsstreich des Militärs am 12. September 1980 das "totale Chaos und vor allem der Terrorismus, das Problem Nr. 1 der Türkei" zwar noch nicht völlig, aber doch teilweise einer neuen Ordnung Platz gemacht hätten und daß sich daraufhin auch die Wirtschaft wieder habe erholen können.

- Am 19. Mai fanden in der Türkei die Feiern zum 100. Geburtstag des Gründers der Republik, Mustapha Kemal Atatürk, statt. Aus diesem Anlaß versammelten sich in Beijing, in Anwesenheit des türkischen Botschafters, rund 200 Personen, um diese Feier mitzubegehen (XNA, 20.5.81). Atatürks historische Verdienste bestünden darin, daß er die 600 Jahre alte Feudalherrschaft der Ottomanen gestürzt, die erste Republik in der Geschichte der Türkei gegründet und das Vaterland vor ausländischen Invasoren bewahrt habe, und zwar nicht nur durch Aufstellung schlagkräftiger Einheiten, sondern auch durch Sozialreformen (Abschaffung der religiösen Privilegien, Trennung von Staat und Kirche, Schriftreform, Bewegung zur Liquidierung der alten Sitten und Gebräuche etc.).

Nach Kemals Tod (1938) habe das türkische Volk stets die Lehre "Unabhängigkeit oder Tod!" beherzigt und führe seinen Kampf neuerdings vor allem gegen die Sowjetunion fort, die bei ihrer Südwärts-Strategie die Meerengen vom Schwarzen Meer zum Mittelmeer unter Kontrolle bringen wolle und die Unabhängigkeit der Türkei bedrohe (XNA, 19.5.81).

- Aus diesem Grunde auch sei die Türkei zur Selbstverteidigung gezwungen. Mitte Februar führte sie militärische Wintermanöver in Ostanatolien durch (XNA, 17.2.81) und zur gleichen Zeit hielt sie Marineübungen im Marmara-Meer ab (XNA, 1.3.81).

China klagt die Sowjetunion an, armenische antitürkische Terroristen zu bewaffnen (XNA in SWB, 9.1.81).

Am 26. Dezember 1980 wurde eine türkische Fotoausstellung in Beijing eröffnet (XNA, 29.12.80). Am 18. Mai 1981 kam es zur Unterzeichnung eines Handelsprotokolls zwischen beiden Staaten (XNA, 19.5.81).

-we-

(11) Entspannung am Horn von Afrika?

Möglicherweise bahnt sich in Ostafrika eine gewisse Entspannung an. Zur Diskussion steht z. Zt. eine Gipfelkonferenz der fünf ostafrikanischen Staaten Äthiopien, Somalia, Kenia, Sudan und Djibouti. Ein solches Treffen könnte dazu beitragen, die gespannten Beziehungen zwischen Somalia und Äthio-

pien, die seit dem Ausbruch des Konfliktes im Ogaden-Gebiet (1977/78) herrschen, wenigstens teilweise abzubauen. Ziel des Gipfeltreffens soll eine Erörterung der Konflikte und eine Diskussion über die ausländischen Militärbasen in der Region sein.

Bisher hat allerdings Äthiopien auf die Versöhnungsgeste Somalias, das einer solchen Konferenz zustimmt, noch nicht reagiert. Beijing gibt dafür den Sowjets die Schuld, die, seit sie Somalia i.J. 1977 verlassen mußten, auf eine günstige Gelegenheit warteten, um die somalische Regierung zu stürzen. Sie versuchten über Südjemen und Äthiopien Djibouti zu beeinflussen und für sich zu gewinnen und so eine proso-wjetische Konföderation im Raum des Roten Meeres zustande zu bringen. Moskau wünsche nicht nur, die Gipfelkonferenz zu vereiteln, sondern nutze auch nach Kräften die Territorialkonflikte zwischen Somalia und seinen beiden Nachbarländern Äthiopien und Kenia aus, während die USA, Frankreich und andere westliche Länder sich darum bemühen, die äthiopisch-kenianische und die kenianisch-somalische Wiederversöhnung zu betreiben (XNA, 1.5.81). In ähnlichem Sinne spricht sich der sudanesischer Präsident Numeri in einem Interview mit Xinhua (XNA, 13.5.81) aus.

-we-

ASIEN

(12) Zhao Ziyang besucht drei südasiatische Länder

Vom 1. bis 8. Juni besuchte Ministerpräsident Zhao Ziyang Pakistan, Nepal und Bangladesch. Die wichtigsten Themen umfaßten nicht nur bilaterale, sondern auch regionale und weltpolitische Fragen. An regionalen Fragen stand das Verhältnis Chinas zu Indien sowie der chinesische Beifall für die Errichtung einer südasiatischen Gemeinschaft im Vordergrund (zu letzterem C.a., April 1981, 0 8). Weltpolitisch ging es um die Verurteilung der Besetzung Afghanistans und Kambodschas. Selbst die Nepalesen bezogen dazu eine eindeutige Haltung (XNA, 5.6.81).

a) Pakistan (1.-3. Juni)

Nicht erst seit dem sowjetischen Afghanistan-Unternehmen im Dezember 1978 ist Pakistan zum wichtigsten außenpolitischen Partner der VR China in Asien geworden. Pakistan ist der Hauptempfänger chinesischer Wirtschaftshilfe - und chinesischer Militärhilfe. Radio Kabul behauptet, die Chinesen hätten an Islamabad bisher Militärhilfe in Höhe von 2,5 Mrd.\$ geleistet (SWB, 4.6.81). Darüber hinaus hat China für Pakistan mehrere Straßen, vor allem die Karakorum-Hochstraße gebaut.

China zeigt sich erfreut darüber, daß neuerdings auch die Reagan-Regierung den strategischen Stellenwert Pakistans zur Kenntnis genommen hat. Der frühere amerikanische Präsident Carter hatte den Pakistanis noch vor zwei Jahren 400 Mio.\$ an Militärhilfe geboten - eine Offerte, die von Zia-ul-Haq als "peanuts" abgelehnt worden war. Inzwischen ist von 2,5 Mrd.US\$ amerikanischer Militärhilfe die Rede und von einem nahezu unbegrenzten US-Waffenangebot, das zusätzlich durch Saudi-Arabien finanziert werden soll. Vorerst ist allerdings ungewiß, ob der Kongreß diese Mittel genehmigen wird. Nach pakistanischer Ansicht sind bereits 2 Mrd.\$ nötig, um das veraltete Gerät der Streitkräfte durch ein "etwas besseres" zu ersetzen. Pakistan braucht ein integriertes Luftabwehrsystem mit SAM-Raketen und muß die alten F-86-F- sowie MiG-19-Flugzeuge durch neuere Typen ersetzen; ferner

braucht es angeblich modernere Panzer. Was die Flugzeuge anbelangt, so hat China bereits das in seiner Macht Stehende getan, um Hilfe zu leisten (Näheres C.a., April 1981, 0 3). Die USA könnten hier mit ihrer modernen Technologie noch ein Stück weiterhelfen. Gemeinsam mit den USA an einem südasiatischen Sicherheitsgürtel weiterzubauen - dies wäre in der gegenwärtigen Situation ganz nach Beijings Geschmack.

Freilich besteht die Gefahr, daß China mit dieser Politik Indien vor den Kopf stößt, mit dem es ja seine bilateralen Beziehungen sobald wie möglich verbessern möchte (Außenminister Huang Hua reist am 26. Juni nach Delhi). Es ist bekannt, daß mehr als drei Viertel der pakistanischen Streitkräfte noch nach Indien hin ausgerichtet sind, während es die Ausrüstung an den Grenzen zu Afghanistan hin als kümmerlich gilt. Bedeutet eine Ausstattung Pakistans mit modernen Waffen unter den gegebenen Umständen aus indischer Sicht nicht eine antiindische Aufrüstung? Zu übersehen ist in diesem Zusammenhang freilich nicht, daß die Pakistanis immer noch die Befürchtung hegen, die Inder könnten in einem Blitzfeldzug das von ihnen beanspruchte pakistanische Kaschmir besetzen. Auf die Kaschmir-Problematik ist China übrigens beim Besuch Zhao Ziyangs nicht eingegangen: Man wollte die Inder nicht ein weiteres Mal vor den Kopf stoßen.

Minimalisierung der Kaschmir- und Maximierung der Afghanistan-Frage - dies war diesmal die chinesische Politik. Nicht zuletzt aus diesem Grunde auch besuchte, wie schon eineinhalb Jahre früher Außenminister Huang Hua, Zhao Ziyang ein afghanisches Flüchtlingslager nahe Peshawar und überreichte einen Scheck von 500.000 Yuan. Schon einige Tage vorher, nämlich am 24. Mai, hatte der chinesische Generalkonsul in Karachi im Namen der chinesischen Muslims Hilfslieferungen im Werte von 322.000 Rupees überreicht (XNA, 26.5.81). Auf einer Pressekonferenz in Islamabad wiederholte Zhao Ziyang den bekannten chinesischen Afghanistan-Standpunkt.

Weiterhin plädierte er für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Indien und Pakistan sowie für eine politische Lösung im iranisch-irakischen Krieg (XNA, 9.6.81).

Die Herzlichkeit der chinesisch-pakistanischen Beziehungen war wenige Tage vor dem Besuch Zhao Ziyangs bereits dadurch manifestiert worden, daß der 30. Jahrestag der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern feierlich begangen wurde (XNA, 22.5.81). Beide Staaten wollten auch künftig im Geiste der "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" zusammenarbeiten (XNA, 2.6.81).

Am 20. Mai bereits war der Stabschef der pakistanischen Marine, Kalamat Rahman Niazi, in Beijing eingetroffen und hatte u.a. Gespräche mit dem neuen Verteidigungsminister Geng Biao geführt (XNA, 21.5.81).

b) Nepal (4.-7. Juni)

Mit Nepal verbindet die Chinesen seit langem ein gutes Verhältnis: Man konnte einen beiderseits befriedigenden Grenzvertrag schließen; ferner leisteten die Chinesen jahrelang geduldige Entwicklungshilfearbeit, vor allem im Bereich von Klein- und Mittelprojekten, und wurden - neben den Indern - zu den wichtigsten Straßenbauern Nepals. Zwei Themen standen in Nepal im Vordergrund, nämlich einerseits der chinesische Wunsch nach Verbesserung der Beziehungen mit Indien (XNA, 8.6.81), wobei offensichtlich die friedliche Einigung zwischen Beijing und Katmandu als Modell hingestellt werden sollte und zum anderen die Friedenszone in Nepal, wie sie von König Birendra bereits seit Jahren vorgeschlagen wird und wie sie seit ebenso langer Zeit chinesischen Beifall findet (XNA, 7.6.81). Beide Staaten, so wurde betont, fühlten sich als Teile der Dritten Welt, verhielten sich zuein-

ander nach den "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz", forderten den Rückzug der sowjetischen Kräfte aus Afghanistan und wünschten eine engere Kooperation unter den südasiatischen Staaten (XNA, 7.6.81).

c) Bangladesh (7.-8.Juni)

Nur eine Woche vorher, nämlich am 29.Mai, war der Präsident von Bangladesh, Ziaur Rahman, ermordet und der Staatsnotstand ausgerufen worden. Zhao Ziyang hatte deshalb an Trauerfeiern teilzunehmen und mit einer Übergangsregierung als Gesprächspartner vorlieb zu nehmen (zu den vorausgegangenen Beileidsschreiben vgl. XNA, 31.5.81). Dabei hatte Zhao Ziyang gerade Ziaur Rahman antreffen wollen, der ja nicht nur im Juli 1980 die VR China besucht hatte (damals wurde auch ein Fünfjahresabkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit und ein Abkommen über wissenschaftliche und technische Kooperation geschlossen), sondern der sich darüber hinaus durch eine zunehmend Moskau-kritische Haltung Sympathien in China verschafft hatte. Das Verhältnis zwischen Moskau und Dacca hatte während der Regierung Mujibur Rahmans den Höhepunkt erreicht. Damals waren sowjetische Entwicklungshelfer in der Armee von Bangladesh tätig und hoben gesunkene Schiffe im Golf von Bengalen. Die Besetzung von Kambodscha und Afghanistan hatte Ziaur Rahman jedoch veranlaßt, an Moskau Kritik zu üben und zugleich Moskau-orientierte Kommunisten im eigenen Lande ins Gefängnis zu werfen, da sie beabsichtigten, eine "Revolution nach afghanischem Stil in Bangladesh" anzuzetteln. Hatte Beijing z.Zt. Mujibs noch ein Veto gegen den Eintritt Bangladeshs in die UNO erhoben, so ist diese anfängliche Feindschaft heute ins Gegenteil umgeschlagen. Beijing lobt nicht nur die erfolgreiche Wirtschaftspolitik Ziaur Rahmans, sondern auch die Eingliederung Bangladeshs unter die Blockfreien und in die islamische Welt (XNA, 27.3.81). Vor allem aber begeistert sich Beijing, wie bereits erwähnt, für die von Ziaur Rahman vorgeschlagene Bildung einer südasiatischen Gemeinschaft. Schon am 12.Mai 1980 habe Ziaur eine Konferenz der sieben Regionalstaaten (Indien, Pakistan, Bangladesh, Nepal, Bhutan, Sri Lanka und Malediven) vorgeschlagen, die dann vom 21. bis 23.April 1981 in Colombo stattfand (XNA, 7.6.81).

Auch für das neue Wirtschaftsmodell von Bangladesh, das durch den Aufbau einer dezentralisierten Dorfselbstverwaltung und durch Ermütigung der Privatinitiative gekennzeichnet ist, findet China Lob. Seit Ziaur im November 1975 als "Kriegsrechtsverwalter" an die Macht gekommen war, hatte sich die Wirtschaftslage des ursprünglich für hoffnungslos eingeschätzten Landes überraschend gebessert. Die Ernte 1980 brachte sogar einen Getreideüberschuß, und das Land konnte nicht ganz zu unrecht hoffen, bis 1985 sogar Selbstversorger zu sein (Interview mit Ziaur Rahman in SZ, 23.4.81). Mit dieser Politik zog Bangladesh die Aufmerksamkeit gebefreudiger Länder auf sich (Bangladesh steht z.B. nach der Türkei, Ägypten und Indien an vierter Stelle der Empfängerländer deutscher Entwicklungshilfe, wobei deutsche Gelder vor allem für Familienplanung, ländliche Entwicklung und bessere Nutzung einheimischer Ressourcen gegeben werden; Ziaur hatte vom 4. bis 8.Mai 1981 die Bundesrepublik besucht). Diese Stärkung Bangladeshs liegt ganz im Interesse Chinas.

Beijing stellt sich bei den Auseinandersetzungen Daccas mit Neu-Delhi überdies hinter Bangladesh. Es gibt zwischen Bangladesh und Indien sechs große Probleme, nämlich die für Dacca unzumutbare egoistische Nutzung des Ganges-Wassers durch Indien, ferner Grenzstreitigkeiten im gemeinsamen Meeresbereich, des weiteren die Besetzung von zwei im Golf von Bengalen neuaufgeschwemmten Inseln durch Indien, des weiteren die Errichtung von Siedlungen auf Territorium, das Bangladesh beansprucht, darüber hinaus die Abschiebung von "Outsidern" aus Nordostindien nach Bangladesh und schließ-

lich die von Bangladesh beklagte Nichterfüllung des Grenzabkommens von 1974.

Vor allem in der Frage der Verteilung des Ganges-Wassers und der "Neuen-Insel"-Frage zeigt China eine entschiedene Pro-Bangladesh-Haltung. Am 5.November 1977 war in Dacca - kurz nach dem damaligen Sturz Indira Ghandis - eine auf fünf Jahre befristete Übereinkunft über die Verteilung des Ganges-Wassers getroffen worden: Indiens Anteil während der Trockenzeit wurde auf 40% festgelegt und derjenige Bangladeshs auf 60%. Dieser Kompromiß wird von der jetzt wieder regierenden Kongreßpartei als Ausverkauf indischer Interessen gewertet, da der Hafen von Kalkutta unter mangelndem Wasserzustrom zu leiden habe. Beijing hatte das Abkommen seinerseits begrüßt (PRu 1978, Nr.14, S.28) und steht auch heute noch dazu.

Eine 1974 in der Bucht von Bengalen neuentstandene Insel, die mittlerweile eine Größe von 12 qkm erreicht hat (die Süd-Talpatty-Insel), ist inzwischen von Indien besetzt worden. Bangladesh forderte am 16.Mai Indien auf, sich von diesem Eiland, das zu Bangladesh gehöre, zurückzuziehen. Beijing unterstützte dieses Verlangen (XNA, 18. und 28.5.81). Der Streit um das Inselchen dürfte in den nächsten Jahren zunehmen, da in der Gegend Erdöl- und Erdgaslager vermutet werden.

-we-

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(13) Meinungsaustausch mit Mitgliedern der "Trilateralen Kommission" in Beijing

Mitte Mai trafen sich 33 Vertreter der "Trilateralen Kommission", unter ihnen die drei regionalen Vertreter David Rockefeller (USA), Takishi Watanabe (Japan) und George Berthoin (EG) in Beijing mit Repräsentanten der chinesischen Regierung zu einem Erfahrungsaustausch über wirtschaftliche und außenpolitische Fragen. Es handelte sich hier m.a.W. um Rahmengespräche im nordamerikanisch-europäisch-japanisch-chinesischen Kreis, bei denen, wie u.a. die Rede Deng Xiaopings deutlich machte, Fragen der Investitionen, der Joint Ventures, der Ausbeutung von Ölressourcen sowie der Erstellung von Kohle- und Wasserkraftprojekten im Vordergrund standen. Die Kommission war nach Beijing gekommen, um den Chinesen im Rahmen eines freien Meinungsaustausches "auf den Zahn zu fühlen". Einladendes Gremium war, wie es sich in solchen Fällen gehört, das Institut des Chinesischen Volkes für auswärtige Angelegenheiten, dessen Aufgabe es ist, Ausländer, die unterhalb der Regierungsebene, aber andererseits auch über Touristen, Kaufleuten usw. einzustufen sind, einzuladen und zu betreuen. Auf der Tagung war viel von den "Vier Modernisierungen" und von der Zusammenarbeit mit Ausländern bei kleinen und mittelgroßen Projekten die Rede (XNA, 24.5.81).

-we-

AUSLÄNDER UND DIE VR CHINA

(14) Verordnung für ausländische Journalisten

Am 14.Mai erging eine 14 Artikel umfassende Verordnung des chinesischen Staatsrats über die Tätigkeit der ausländischen

Journalisten, die, wie es heißt, nicht über "die normale Berichterstattung" hinausgehen dürfe. Möglicherweise ist hierbei auf Kontakte mit Dissidenten abgestellt. Ferner werden die ausländischen Korrespondenten und ihre Familienangehörigen ermahnt, die Gesetze und Vorschriften in China einzuhalten, die allerdings Ausländern weitgehend unzugänglich sind.

In Beijing arbeiten z.Zt. 91 ausländische Korrespondenten, unter ihnen drei aus der Bundesrepublik. Im Mai war einem niederländischen Korrespondenten das Agrément entzogen worden. Angeblich hatte er regelmäßige Kontakte mit Dissidenten - vor allem über seine Ehefrau, die aus Taiwan stammt. Doch dürfte daneben auch die Verschlechterung der chinesisch-niederländischen Beziehungen eine wichtige Rolle gespielt haben.

-we-

INNENPOLITIK

(15) 18.Sitzung des Ständigen Ausschusses des V.NVK

Die 18.Sitzung des Ständigen Ausschusses des V.Nationalen Volkskongresses fand am 16.Mai 1981 in Beijing statt. Hauptaufgabe der Sitzung war es, entsprechend einem "Vorschlag" des Zentralkomitees bzw. des Politbüros der KPCh der auf dem Sterbebett liegenden früheren stellvertretenden Staatspräsidentin der VR China, Song Qingling, den Titel einer Ehrenvorsitzenden der Volksrepublik China zu verleihen. Darüber hinaus wurden auf der Sitzung einige personelle Veränderungen beschlossen, über die jedoch nichts Näheres bekannt wurde (RMRB, 17.5.81). Der Posten eines Ehrenvorsitzenden der Volksrepublik China ist in der derzeit gültigen Verfassung aus dem Jahre 1978 nicht vorgesehen. Möglicherweise deutet sich mit der Ernennung von Song Qingling zur Ehrenvorsitzenden der VRCh eine künftige Verfassungsänderung dahingehend an, daß das Amt des Vorsitzenden bzw. Staatspräsidenten der VRCh wiedereingeführt wird.

-sch-

(16) Tagungen der Volkskongresse in den Provinzen Jilin und Zhejiang

Die 3.Tagung des V.Volkskongresses der Provinz Jilin fand vom 21. bis 27.Mai 1981 in der Provinzhauptstadt Changchun statt. Den Rundfunkberichten zufolge kann die Provinz Jilin im Gegensatz zu vielen anderen chinesischen Provinzen für das Jahr 1980 eine ausgeglichene Haushaltsbilanz mit einem kleinen Überschuß vorweisen (Radio Jilin, 21.-27.5.81, nach SWB, 6.6.81).

Die 3.Tagung des V.Volkskongresses der Provinz Zhejiang fand vom 15. bis 21.Mai in der Provinzhauptstadt Hangzhou statt. U.a. wurden Yu Jiyi und Xing Zitao zu stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Provinzvolkskongresses, Bian Jichong, Li Qingtan und Hu Xuewei zu Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Provinzvolkskongresses sowie Wang Jiayang, Wu Zhichuan und Mou Haixiu zu stellvertretenden Provinzgouverneuren gewählt (Radio Zhejiang, 15. und 21.5.81, nach SWB, 2.6.81).

-sch-

(17) "Wer seine Fehler korrigiert, darf erneut Führungsaufgaben übernehmen"

Das Organ des ZK der KPCh, die "Volkszeitung", veröffentlichte am 11.Mai 1981 einen Artikel eines "Sonderkommentar-

tors" über die Methode der Kritik und Selbstkritik innerhalb der Partei zur Überwindung "linker" Fehler. Dem "Sonderkommentator" zufolge hat die Parteiführung aus den politischen Auseinandersetzungen der letzten beiden Jahre insgesamt fünf Erfahrungen gewonnen, darunter die Erkenntnis: "Wer seine Fehler korrigiert, kann erneut Führungsaufgaben übernehmen." Es sei völlig falsch, einen Führungskader, der Fehler begangen habe, deshalb für alle Ewigkeit zu verdammen. Ein Kader, der aufgrund von Fehlern eine Führungsposition verloren habe, könne nicht nur, sondern müsse auch von neuem mit Führungsaufgaben betraut werden, wenn er erwiesenermaßen seine Fehler korrigiert und Erfolge erzielt habe. Dies sei für die parteiinterne Geschlossenheit von größter Bedeutung. Offensichtlich sind hier solche Führungskader gemeint, die in der Vergangenheit "linke", d.h. maoistische, Auffassungen vertraten und deshalb in Ungnade fielen. Fraglich ist jedoch, ob diese "Erfahrung", die wahrscheinlich einen Kompromiß zwischen den Reformkräften um Deng Xiaoping und den konservativen Dogmatikern darstellt, auch wirklich in die Tat umgesetzt wird. Es könnte sich hierbei nämlich auch um eine verbale Beruhigungsmaßnahme der Deng-Fraktion handeln, um den Widerstand abgesetzter bzw. degradiertes "linker" Funktionäre zu mindern.

-sch-

(18) Großer propagandistischer Aufwand um den Tod von Song Qingling

Song Qingling, die Witwe Sun Yatsens und Schwester der Witwe Chiang Kai-sheks, verstarb am 29.Mai 1981 in Beijing im Alter von 88 Jahren (nach traditioneller chinesischer Rechnung im 90.Lebensjahr). Song Qingling, die kurz vor ihrem Tod noch in die KP Chinas aufgenommen wurde und den Titel einer Ehrenvorsitzenden der Volksrepublik China verliehen bekommen hatte, hatte bereits seit mehreren Monaten an chronischer lymphatischer Leukämie gelitten. Der zweiwöchige Todeskampf und das schließliche Ableben von Frau Song Qingling wurden von einem sehr großen propagandistischen Aufwand begleitet, der - mit Ausnahme der Berichterstattung anlässlich des Todes von Mao Zedong - alle bisherigen offiziellen Trauerbekundungen in der Volksrepublik China übertraf. Im wesentlichen mögen es folgende drei Gründe gewesen sein, die die kommunistische Führung der VRCh dazu bewogen, Song Qingling kurz vor ihrem Tod mit höchsten Ehrungen zu versehen und nach ihrem Ableben in einem großen Staatsakt und in unzähligen Beiträgen in den chinesischen Massenmedien ihrer zu gedenken:

1. Der chinesischen Bevölkerung und der Außenwelt sollte gezeigt werden, daß es die Kommunistische Partei Chinas ist (und nicht die auf Taiwan herrschende Guomindang), die in der Tradition Sun Yatsens steht und die ihn bzw. seine Witwe und Mitstreiterin, Song Qingling, wirklich zu würdigen weiß.

2. Den chinesischen Intellektuellen und Nichtkommunisten sollte gezeigt werden, daß die nachmaoistische Führung unter Deng Xiaoping ihre Mitarbeit am weiteren Aufbau des Landes nicht nur benötigt und willkommen heißt, sondern auch zu würdigen bereit ist.

3. Mit der Einladung von Verwandten Song Qinglings aus Taiwan, an den Trauerfeierlichkeiten in der Volksrepublik China teilzunehmen, sollten Wiedervereinigungsgespräche zwischen der Regierung in Taiwan und der in Beijing eingeleitet werden. Sogar an den taiwanesischen Staatspräsidenten Jiang Jinguo, der als Sohn Chiang Kai-sheks aus erster Ehe ein Stiefneffe von Song Qingling ist, wurde eine telegrafische Einladung gerichtet. Die Annahme dieses Telegramms wurde